

***Europa* MUSS MAN RICHTIG MACHEN.**

**Beschluß des 12. Parteitags in Erfurt
25. bis 27. April 1999**



CDU

mitten im Leben, mitten in Europa.

ACDP-Konrad-Adenauer-Stiftung

Beschluß des 12. Parteitages 1999

„Europa muß man richtig machen“

1. Die Christlich-Demokratische Union ist die dauerhafteste Partei in Europa. Es ist es, die mit ihrer christlichen Anwesenheit in Europa die moralischen Züge der europäischen Identität prägt.

Deutschland hat die Verantwortung für die Staatenordnung nach dem Zweiten Weltkrieg übernommen. Diese Verantwortung ist eine moralische und politische Verpflichtung.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Die deutsche Verantwortung ist nicht nur ein nationales Anliegen, sondern eine europäische Aufgabe. Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung die Verantwortung für die europäische Einigung übernommen.

Europa MUSS MAN RICHTIG MACHEN.

**Beschluß des 12. Parteitags in Erfurt
25. bis 27. April 1999**

Beschluß des 12. Parteitages 1999 „Europa muß man richtig machen“

1. Die Christlich Demokratische Union ist die deutsche Europapartei. Sie ist es, die mit ihren Kanzlern von Konrad Adenauer bis zu Helmut Kohl die wesentlichen Züge der deutschen Europapolitik bestimmt hat.

Deutschlands Teilnahme an der neuen europäischen Staatenordnung nach dem Zweiten Weltkrieg war die Grundbedingung für die Wiedergewinnung seines moralischen Ansehens und seiner politischen Handlungsfreiheit, für seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg, seine soziale Wohlfahrt und die Wiederherstellung seiner nationalen Einheit. Dieses wiedervereinigte Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung ein vitales Interesse an der weiteren Vertiefung der europäischen Einigung. Für die endgültige Überwindung der Teilung unseres Kontinents ist die Erweiterung der Europäischen Union unabdingbar.

Die CDU wird streng darauf achten, daß die neue Bundesregierung das große europäische Erbe der Regierung Helmut Kohl mehr, statt es zu verspielen.

2. Der europäische Einigungsprozeß hat dazu geführt, daß im wesentlichen Teil unseres Kontinents ein Maß an Frieden und Freiheit, an Sicherheit und Wohlstand erreicht wurde, das 1945 unvorstellbar erschien. Die Erfolgsgeschichte der Integration strahlte auf die Völker Mittel- und Osteuropas aus, die die Befreiung von den kommunistischen Regimen im Herbst 1989 als eine „Rückkehr nach Europa“ empfanden. Nur mit der Perspektive des Beitritts zur Europäischen Union werden die politischen und wirtschaftlichen Reformen in Mittel- und Osteuropa erfolgreich fortgeführt werden können.

Mit der Vollendung des Binnenmarktes durch die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist die europäische Einigung in eine neue Phase eingetreten: Europa wird zu einer im täglichen Leben seiner Bewohner immer konkreter erfahrbaren Wirklichkeit. Damit nehmen aber auch die Sorgen der Menschen und ihre Fragen an die Europapolitik zu. Parteipolitische Prägungen gewinnen an Einfluß für die Europapolitik. Da Europa die nach den Kommunen, Regionen und Nationalstaaten entfernteste und abstrakteste Ebene ist, auf der sich politisches Handeln vollzieht, ist dieser Politikbereich besonders gefährdet für Einflüsterungen und Ängste, welche demagogisch instrumentalisiert werden könnten.

Hieraus ergibt sich für die Politik der CDU die zwingende Aufgabe, den Bürgern zu vermitteln, daß deutsche Interessen nur durch die engagierte Teilnahme am europäischen Einigungswerk zu verwirklichen sind.

Die CDU engagiert sich für Europa, weil

- wir Europa als Kultur- und Wertegemeinschaft mit einem gemeinsamen geschicht-

lichen Erbe, einer gemeinsam erlebten Gegenwart und einer vereint zu gestalten- den Zukunft verstehen;

- Europa gegenseitige Unterstützung organisiert;
- Europa ein Motor für Reformen ist;
- Europa friedliches, multinationales Zusammenleben ermöglicht;
- Europa ein Modell für fairen Interessenausgleich und gewaltfreie Konfliktlösungen ist;
- Europa unserem Kontinent eine Stimme von Gewicht in der Welt gibt;
- Europa unsere Nachbarn in Mittel- und Osteuropa stabilisiert.

Europa muß dazu wirkungsvoller und transparenter gestaltet werden. Nur so wird der Gefahr begegnet, daß aus berechtigter Kritik ein genereller Europa-Skeptizismus wird.

Dies erfordert von der Europapolitik der CDU einen „klaren Kompaß“: einerseits, mit dem Blick auf die Geschichte, Behutsamkeit; andererseits, mit Blick auf die erreichbaren Ziele, Nüchternheit und Augenmaß; und für all dies eine angemessene Sprache.

- 3.** Die Europavision der Christlich Demokratischen Union ist ein Europa, das im guten Sinne mächtig ist, weil es eine starke Wirtschaft mit einer solidarischen Gesellschaft und demokratischen Ordnung verbindet; das die Interessen seiner Völker gegenüber der übrigen Welt kraftvoll vertritt; das seinen Beitrag zu einer friedlicheren und besse- ren Welt leistet und dessen Institutionen dem Bürger dienen.

Die CDU verfügt nicht nur über eine Vision, sondern auch über Kompetenz, denn sie ist es, welche die besseren Konzepte hat, wie auch die überzeugenderen Antworten auf die Fragen nach dem Weg Europas in seine Zukunft; und sie hat in ihren Reihen die engagierteren Europäer.

Für ein werteorientiertes, bürgernahes Europa

- 4.** Europa ist nicht nur eine Wirtschafts-, sondern vor allem auch eine Wertegemein- schaft. Wir Europäer haben seit vielen Jahrhunderten gemeinsame Wurzeln. In Ge- schichte, Kultur, Religion, Tradition und Werteverständnis sind wir in vielfältiger Hin- sicht miteinander verbunden. Bei allen Konflikten und Krisen, die unser Kontinent er- leiden mußte, sind diese Grundlagen unser einigendes Band.

Die CDU strebt ein Europa an, das über sein gemeinsames europäisches Erbe und die gemeinsame kulturelle Tradition vereint ist. Fundament dieser Gemeinsamkeit sind das Christentum, die Antike und die Aufklärung. Freiheit, Demokratie und Achtung der Menschenrechte, der Parlamentarismus, die Tradition des dem Prinzip der Subsidiarität verpflichteten Sozialstaates sowie die Ökologische und Soziale Marktwirt- schaft haben sich erfolgreich daraus entwickelt.

Wir wollen ein Europa, das zu seiner Vielfalt steht und sie als Stärke begreift. Wir wol- len ein Europa, in dem wir in Freundschaft und Partnerschaft mit den anderen EU- Staaten unsere nationale Identität bewahren können und in dem wir zugleich deut- sche Europäer und europäische Deutsche sind. Deshalb begrüßen wir das Konzept der Unionsbürgerschaft, die allen Unions-Bürgern zusätzlich zur nationalen Staats- bürgerschaft verliehen ist und fordern die Verantwortlichen auf, an ihrer Weiterent- wicklung zu arbeiten.

Um den gemeinsamen Kulturraum der Europäer zu einer lebendigen Realität werden zu lassen, ist es notwendig, kreatives Schaffen zu fördern, das kulturelle Erbe mit ei- ner europäischen Dimension zu erschließen, zum gegenseitigen Kennenlernen der Kulturen und Sprachen und der Geschichte der Völker Europas anzuregen sowie den Kulturaustausch zu fördern.

Die Kirchen verkörpern einen wesentlichen Teil dieser gemeinsamen kulturellen Traditi- on. Sie tragen durch Wertvermittlung und ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit dazu bei, deren geistige Grundlagen immer wieder zu erneuern und fortzuentwickeln.

Die CDU fordert die Bewahrung und den Schutz kultureller und regionaler Besonder- heiten unserer Heimat. Die belebende Vielfalt darf notwendigen Harmonisierungen nicht grundsätzlich untergeordnet werden.

Wir wollen ein handlungsfähiges Europa. Die Europäische Union soll nicht für alles zu- ständig sein. Nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa. Wo die Eu- ropäische Union aber zuständig ist, muß sie auch die notwendigen Instrumente und Verfahren zur Problemlösung erhalten, damit das Vertrauen der Bürger in die eu- ropäische Idee immer neu begründet werden kann. Eine handlungsfähige Europäi- sche Union schafft Vertrauen durch Erfolg.

Europäer in Deutschland

- 5.** Die in Deutschland lebenden EU-Ausländer wollen wir in Zukunft in wichtigen Fragen nicht mehr nach dem Ausländerrecht behandeln, sondern ihre Rechtsstellung der der deutschen Staatsangehörigen angleichen. Dazu sind Unionsbürger grundsätzlich aus dem Anwendungsbereich des Ausländerrechts herauszunehmen.

Deshalb schlagen wir folgendes vor:

- Zuständig für Meldefragen für Unionsbürger in Deutschland soll künftig nicht mehr die Ausländerbehörde, sondern das Einwohnermeldeamt sein.
- Unionsbürger sollen in Zukunft keiner Aufenthaltsgenehmigung mehr bedürfen. Die auch heute ohnehin nur deklaratorische Aufenthaltserlaubnis-EG wird abgeschafft.
- Zum Nachweis des rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland erhalten Unionsbür- ger eine „Blue-Card-EU“.

Mit diesen Vorschlägen beseitigen wir unnötige bürokratische Hemmnisse für die 1,8 Mio. in Deutschland lebenden Unionsbürger und geben der Idee der Unionsbürgerschaft neue Schubkraft.

6. Wir treten für ein Europa ein, in dem die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Kommunen, Regionen, Mitgliedstaaten und die Europäische Union sollen nach den Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität zusammenwirken. Bei konsequenter Anwendung dieser Grundsätze wird das Verständnis für und das Vertrauen in die weitere europäische Einigung wachsen und den Bürgern in Europa das Sicherheitsgefühl vermitteln, das in einer globalisierten Welt dringend gebraucht wird.

7. Ein föderales, subsidiäres Europa kann nur durch eine klare Zuständigkeitsverteilung zwischen der europäischen, der nationalen, der regionalen und der kommunalen Ebene gewährleistet werden. Dies schließt die Überprüfung der gegenwärtigen Kompetenzverteilung und gegebenenfalls auch die Rückverlagerung von Zuständigkeiten auf die nationale und regionale Ebene ein. Eine solche Kompetenzverteilung und ein Grundrechtekatalog müssen Teil eines Verfassungsvertrags sein. Der jetzt erreichte Stand der europäischen Integration macht eine Verständigung über das Selbstverständnis Europas notwendig. Es findet Ausdruck in einem Verfassungsvertrag, der folgende Fragen beantworten muß:

- Welche grundlegenden Werte und Interessen verbinden die Europäer?
- Wie soll ihr Verhältnis zueinander gestaltet sein und welche Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung sollen für alle verbindlich sein?
- Wie muß die Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten organisiert werden? Wer ist für was zuständig?
- Wie kann die demokratische Legitimation und Kontrolle in der Europäischen Union am besten gestaltet werden?
- Was ist Europas Aufgabe und Verantwortung gegenüber der übrigen Welt?

Die Debatte über einen Verfassungsvertrag würde der jetzt noch diffusen Diskussion über Europa Struktur und Richtung weisen. Allein-, Letzt- und Allzuständigkeit wird es auf der europäischen Ebene ebenso wenig geben, wie es sie heute noch auf der nationalstaatlichen gibt. Nachdem das Territorialprinzip von Macht überholt ist, wird ein neues Organisationsprinzip von Macht auch neue Rechtsgestalten hervorbringen.

Die CDU fordert daher die Bundesregierung auf, dem Europäischen Rat den Vorschlag zu unterbreiten, eine unabhängige Gruppe herausragender Persönlichkeiten mit der Erarbeitung von Grundlinien für einen Europäischen Verfassungsvertrag zu beauftragen. Auf dieser Grundlage soll ein Konvent aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Mitgliedstaaten den Entwurf für den Verfassungsvertrag der Europäischen Union endgültig erarbeiten.

Wege aus der Arbeitslosigkeit durch Stärkung der europäischen Wettbewerbskraft

8. Der Euro ist die Weiterentwicklung des Binnenmarktes, von dem Deutschland als exportorientierte Nation besondere Vorteile hat.

Der Euro hat Europas globale Wettbewerbsposition gestärkt; seine erste Bewährungsprobe in den von Asien und Lateinamerika ausgehenden Währungsturbulenzen hat er bereits bestanden. Aber nur eine dauerhafte Stabilitätspolitik, der Verzicht auf eine Politik des leichten Geldes und der Haushaltsdefizite sowie strukturelle Reformen können den Euro dauerhaft als starke Währung im Innern wie nach außen erhalten.

Die Umsetzung des Maastrichter Vertrags und des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist ein wirksames Modernisierungs- und Gesundheitsprogramm der europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung für die Überwindung der Arbeitslosigkeit in Europa und damit ein zentraler Ausgangspunkt jeder Politik für Wachstum und Beschäftigung.

Für die notwendige Koordinierung dieser Politik sind die Beschlüsse des Luxemburger EU-Gipfels vom November 1997 der Orientierungsrahmen. Verantwortlich für die Durchführung müssen die nationalen Regierungen bleiben. Kostspielige Beschäftigungsprogramme auf europäischer Ebene neben den Maßnahmen aus den Strukturfonds sind wirkungslos. Sie verstellen lediglich den Blick auf die strukturellen Mängel der europäischen Arbeitsmärkte und müßten vor allem von Deutschland bezahlt werden. Die CDU fordert ein abgestimmtes Vorgehen der europäischen Staaten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dies kann vor allem durch Senkung der Steuern und Abgaben sowie durch Abbau von Bürokratie und Überreglementierung geschehen. Europa darf jedoch nicht als Alibi für ein Scheitern beim Abbau der Arbeitslosigkeit auf nationaler Ebene mißbraucht werden.

Für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft – gegen sozialistischen Zentralismus

9. Der Euro muß hart bleiben. Deshalb wird die CDU streng darauf achten, daß die Bundesregierung nicht gemeinsam mit anderen sozialistischen Regierungen einen verhängnisvollen, dem Geist des Maastrichter Vertrags widersprechenden Kurs in der Finanz- und Wirtschaftspolitik einschlägt.

Der europäische Binnenmarkt ist eine entscheidende Kraftquelle für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb. Er muß auch in Zukunft nach den Grundsätzen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft organisiert werden. Unverzichtbare Rahmenbedingungen sind dabei gleichermaßen eine funktionierende Wettbewerbs-, Fusions- und Beihilfekontrolle zur Sicherung des Marktes als

auch soziale Partnerschaft sowie sinnvolle soziale und umweltpolitische Regeln. Langfristig soll ein Europäisches Kartellamt eingerichtet werden.

Die europäische Einigung wird von den Bürgern nur angenommen, wenn sie auch sozial und arbeitnehmerfreundlich gestaltet wird. Die Schaffung von EU-weiten sozialen Mindeststandards ist ein wichtiges Ziel unserer Europapolitik. Dazu gehören insbesondere Verbesserungen bei der Sicherheit am Arbeitsplatz, bei den Arbeitnehmerrechten und die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben. Jeder EU-Mitgliedstaat kann so sein soziales Leistungsniveau beibehalten und entsprechend seiner Wirtschaftskraft fortentwickeln.

Die gesetzgeberische Entwicklung eines gemeinsamen sozialpolitischen Sockels führt zu mehr Gerechtigkeit und durch die damit verbundene Erhöhung der Standards anderer Länder an unser Niveau zu einer Verringerung wettbewerbsverzerrender Nachteile für unsere Wirtschaft. Die CDU lehnt eine Harmonisierung der Sozialpolitik, insbesondere der sozialen Sicherungssysteme, ab.

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion verschärft den Wettbewerb nicht nur zwischen Unternehmen, sondern auch zwischen Wirtschaftsstandorten. Von zentraler Bedeutung für diesen Wettbewerb ist die Entlastung der Wirtschaft und der Arbeitnehmer von Steuern, Abgaben und Auflagen. Die notwendige Harmonisierung der Steuern auf Umsatz und Verbrauch sowie auf Kapitalerträge darf nicht zum Instrument der Einnahmeverbesserung werden und keinesfalls zu einer höheren Gesamtsteuerbelastung führen. Gerade bei der Mehrwertsteuer werden wir uns solchen Versuchen strikt widersetzen. Das Austrocknen von Steueroasen ist notwendig. Es darf jedoch nicht die Möglichkeit eines fairen Steuerwettbewerbs als Standortfaktor ausgeschlossen werden, weil dies zu Steuersenkungen und mehr Wettbewerbsfähigkeit und damit zu höherer Beschäftigung führt.

Nur gemeinsam sind die Mitgliedstaaten in der Lage, ihre Interessen im internationalen Handel und bei Handelskonferenzen wie der nächsten WTO-Runde durchzusetzen. Ausgaben für Forschung und Entwicklung von heute sind die beste Garantie für wettbewerbsfähige Arbeitsplätze von morgen. Um im weltweiten Wettbewerb mit den USA und Asien zu bestehen, müssen wir in Europa unsere Forschungskapazitäten bündeln.

Für ein gerechtes Beitragssystem – gegen Korruption und Verschwendung

- 10.** Die CDU tritt auch weiterhin für eine Korrektur des EU-Finanzierungssystems ein. Ziel muß eine faire, gerechte und solidarische Lastenteilung aller EU-Mitglieder sein. Die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung hat bei den letzten Reformen der Eigenmittel dafür gesorgt, daß der deutsche Nettobetrag bereits seit 1994 um ca. sechs Milliarden DM gesunken ist.

Das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vom 23.-25. März 1999 in Berlin führte aufgrund der ungenügenden Vorbereitungen und schwachen Verhandlungsleistungen der Rot-Grünen Bundesregierung zu für Deutschland nachteiligen Ergebnissen. Eine deutliche Senkung des deutschen Nettobeitrages als Teil einer fairen, gerechten und solidarischen Lastenteilung ist nicht gelungen. Die Agenda 2000 muß nachgebessert werden.

Neben der Neugestaltung der Einnahmeseite müssen die Möglichkeiten durch Reformen auf der Ausgabenseite ausgeschöpft werden. Die CDU fordert, daß jeder Mitgliedstaat in Zukunft die Beiträge nach seinem Anteil am wirtschaftlichen Wohlstand zahlt. Deutschland würde auf diese Weise um 7,5 Milliarden DM (3,8 Milliarden Euro) entlastet werden.

Insgesamt ist allerdings auch zu berücksichtigen, daß Deutschland vom europäischen Binnenmarkt einen großen wirtschaftlichen Vorteil hat. So weist die deutsche Handelsbilanz mit allen EU-Partnern für 1997 einen Überschuß von 69 Milliarden DM (35,2 Milliarden Euro) aus.

Eine Steigerung der jährlichen EU-Ausgaben auf über 170 Milliarden DM (86,9 Milliarden Euro) für die bisherigen Aufgaben der Europäischen Union auf der Basis der heutigen 15 Mitgliedstaaten lehnt die CDU ab. Dies gilt auch für die Bildung einer Reservekasse bei der Europäischen Kommission zur angeblichen Steigerung der Effizienz der regionalen Strukturförderung. Reale Ausgabensteigerungen und Zusatzkassen im Rahmen der bestehenden Ausgaben widersprechen einer vorausschauenden und soliden Finanzplanung.

Die politische Kontrolle der Haushaltsausführung ist aktiver Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft und aktive Bekämpfung von Mißmanagement und Betrug. Das ist die beste Garantie für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Bürger.

Mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages will die CDU das neu verankerte Mitentscheidungsrecht des Parlaments nutzen, um die Gewährleistung eines effektiven und gleichwertigen Schutzes gegen Betrügereien und vor Finanzskandalen weiter zu verbessern und auszubauen. Die CDU fordert die konsequente Unterbindung von Vetternwirtschaft, Verschwendung und Unterschlagung sowie wirksame Instrumente zu deren Aufklärung und Ahndung. Durch den maßgeblichen Einsatz christlicher Demokraten sind unter anderem der Europäischen Rechnungshof, der Parlamentsausschuß für die Kontrolle der Haushaltsausführung, die Betrugsbekämpfungseinheit zur Ermittlung von Unregelmäßigkeiten in der Europäischen Kommission erreicht worden.

Die CDU fordert ein unabhängiges Amt in der Europäischen Union, welches Kontroll- und Untersuchungsfunktionen in allen EU-Institutionen wahrnimmt und im Falle von

Unregelmäßigkeiten und Korruption selbständig die zuständigen Strafverfolgungsbehörden einschalten kann. Der Europäische Rechnungshof muß ein Durchgriffsrecht im Hinblick auf EU-Mittel bis in die nationalen und regionalen Regierungen, die EU-Gelder verwalten, erhalten. Ferner muß ein Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments ein verbindliches Vorladerecht gegen jeden EU-Bürger – auch Minister – erhalten. Dieser Ausschuß muß auch das Recht haben, eine Eidesleistung mit möglichen strafrechtlichen Konsequenzen bei Falschaussagen zu verlangen. Ferner müssen künftig die Kommissare auch einzeln vom Europäischen Parlament zur Verantwortung gezogen werden können.

Für mehr Eigenverantwortung und Sparsamkeit bei der regionalen Strukturpolitik

- 11.** Die CDU fordert eine regionale Strukturförderung, welche einen sparsamen und effizienten Finanzmitteleinsatz garantiert und den Mitgliedstaaten ein höheres Maß an Eigenverantwortung in der Regionalförderung ermöglicht. Für die Höhe der Mittelzuweisungen müssen regionale und nicht nationale Wohlstandskriterien ausschlaggebend sein.

Falsch ist es deshalb, wenn die EU-Kommission nationale und regionale Förderprogramme weiter einschränken will. Die CDU setzt sich vielmehr dafür ein, die Möglichkeiten der nationalen und regionalen Wirtschaftsförderung beizubehalten und nach kontrollierbaren Regeln auszuweiten. Dies muß unter Anwendung der EU-Beihilfenkontrolle geschehen, um einen neuen Subventionswettbewerb auf dem Binnenmarkt zu vermeiden.

Die CDU kritisiert, daß es der Bundesregierung nicht gelungen ist, den Kohäsionsfonds – ursprünglich geschaffen, um Mitgliedstaaten die Teilnahme an der Währungsunion zu erleichtern – degressiv auslaufen zu lassen und die Förderung des ländlichen Raumes als eigenständiges Förderziel zu erhalten.

Bei der Sicherung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen spielt der ländliche Raum eine entscheidende Rolle. Wir wollen seine ökologischen Funktionen und seine natürlichen Ressourcen insgesamt sichern und stärken.

Einkommenssicherung für die deutschen Bauern und Erhalt der ländlichen Räume

- 12.** Die CDU fordert, daß die Gemeinsame Agrarpolitik folgende Ziele verfolgt: Sicherung der bäuerlichen Einkommen, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, qualitativ hochwertige Produkte, Erhalt der hohen Umweltstandards bei der Bewirtschaftung, Einhaltung der Verbraucher- und Tierschutzbestimmungen, Ermöglichung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung. Deshalb darf die Existenzgrundlage der deutschen Landwirtschaft im Interesse der Allge-

meinheit und der betroffenen Bauern nicht gefährdet werden. Gerade die bäuerlichen Familienbetriebe brauchen eine verlässliche Einkommensperspektive.

Die landwirtschaftlichen Einkommen müssen vor allem über ausreichende Erzeugerpreise erzielt werden. Weil die Situation auf dem Weltmarkt unseren tier- und umweltschonenden Standards nicht gerecht wird, bedarf es eines ausreichenden Außenschutzes. Flankierend müssen ergänzende Maßnahmen der Agrar-, Sozial- und der Einkommenspolitik hinzukommen, die in nationaler und regionaler Zuständigkeit geleistet werden müssen. Im Zuge der Nachbesserung der Agenda 2000 fordern wir eine obligatorische nationale Kofinanzierung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen in Höhe von 50 Prozent ein. Dies entspräche dem Subsidiaritätsprinzip und würde den Agrarhaushalt der Europäischen Union erheblich entlasten. Von einer solchen Kofinanzierung würde insbesondere das bislang finanziell benachteiligte Deutschland profitieren. Die nationale Verantwortung für die Agrarpolitik würde gestärkt, Zuständigkeiten der Agrarpolitik könnten auf die nationale und regionale Ebene zurückverlagert werden.

Für eine Umwelt- und Verbraucherunion

- 13.** Wir fordern die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer Umweltunion. Eine zukunftsorientierte und effektive Umweltpolitik muß europaweit organisiert sein, da Umweltschäden nicht an den Grenzen halt machen. Wir befürworten daher EU-Mindeststandards für den Umweltschutz z.B. im Hinblick auf die Abfallentsorgung, den Gewässerschutz oder die Luftreinhaltung. Dies dient nicht nur den Bürgern, sondern schützt auch Mitgliedstaaten mit hohen Standards vor unfairen Wettbewerbsbedingungen im Europäischen Binnenmarkt.

Wir treten dafür ein, daß

- ökologische Mindeststandards im Bereich der Handelspolitik eingeführt werden – auch in den Verhandlungen der Europäischen Union mit der Welthandelsorganisation;
- ein ökologischer Sachverständigenrat der Europäischen Union eingerichtet wird mit Berichtspflicht gegenüber der Europäischen Kommission;
- der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Union auf Vertreter aus dem Umweltbereich erweitert wird.

Verbessert werden muß allerdings die Einhaltung der Umweltstandards. Die CDU fordert, daß die Europäische Umweltagentur von einem Informations- und Dokumentationszentrum zu einer effizienten Umweltkontrolle ausgebaut wird. Sie muß Kompetenzen erhalten, bei Verletzungen des EU-Umweltrechts entsprechende Maßnahmen und Sanktionen zu erlassen.

Die Verbraucher erwarten zu Recht ein hohes Schutzniveau im Binnenmarkt. Dies muß insbesondere auch im Lebensmittelbereich sichergestellt werden, da die Ver-

braucher Anspruch auf gesunde Nahrungsmittel haben. Der Schutz des Verbrauchers und die Möglichkeit der Information müssen ausgebaut werden. Wo immer möglich sollen detaillierte Informationen über ein Produkt den Vorrang vor Regulierungen haben, denn der informierte Bürger kann selbst entscheiden, was er kauft.

Eine europäische Bildungspolitik für die Jugend

- 14.** Grenzüberschreitende Bildung und Ausbildung, Mobilität der Lernenden und Wissensaustausch haben einen hohen Stellenwert in der europäischen Bildungspolitik und erhöhen die Arbeitsmarktchancen der Jugend. Mit den europäischen Jugend- und Bildungsprogrammen – für deren Weiterentwicklung wir eintreten – lernen junge Deutsche Kultur, Gesellschaft und Geschichte anderer Mitgliedstaaten kennen.

Wir fordern, daß der Unterricht an den Schulen aller Mitgliedstaaten stärker als bisher auch Kenntnisse über die Europäische Union vermittelt.

Die Kooperation der Hochschulen in den Mitgliedstaaten muß weiter verstärkt werden. Wir unterstützen die Bemühungen um die Schaffung gemeinsamer europäischer Studiengänge. Zugleich muß das System der Leistungsanrechnungen in Europa ausgebaut werden.

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, daß die Bildungsprogramme verstärkt auch für die Lehrlingsberufe geöffnet werden und, soweit erforderlich, deren spezifischen Bedürfnissen Rechnung tragen. Wir fordern darüber hinaus, daß europäische Jugendliche während ihrer Schul- und Berufsausbildung mindestens drei Monate in einem anderen EU-Staat verbringen können.

Chancen für Deutschland durch ein erweitertes Europa

- 15.** Durch die Aufnahme der Staaten Mittel- und Osteuropas eröffnet sich die historische Chance, daß Frieden und Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, Menschen- und Minderheitenrechte auf dem gesamten Kontinent garantiert werden. Europa darf nicht dauerhaft durch die ehemaligen Grenzen des kalten Krieges geteilt werden. Deutschland käme aus seiner Randlage heraus und wäre dann von EU-Partnern umgeben. Zugleich werden insbesondere wir Deutschen von der Erweiterung auch wirtschaftlich profitieren, weil sich neue Märkte erschließen – und damit Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Außerdem wird es uns besser gelingen, die illegale Zuwanderung und die organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

Die CDU hat sich daher frühzeitig und nachdrücklich für eine Erweiterung der Europäischen Union eingesetzt. Eine Verwässerung der EU-Beitrittsperspektive für unsere östlichen Nachbarn würde den Reformprozeß dort bremsen, wenn nicht gar ge-

fährden. Insofern werden Ausmaß und Tempo der Reformen in den Staaten Mittel- und Osteuropas von der Beitrittsperspektive zur Europäischen Union bestimmt.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß im Zuge der Heranführung unserer östlichen Nachbarstaaten an die Europäische Union die europäischen Grundfreiheiten selbstverständlich und unabdingbar auch für die deutschen Heimatvertriebenen Geltung erlangen. Die für die Bürger der EU geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit sind auch ein Schritt zur Verwirklichung des Heimatrechtes der deutschen Vertriebenen.

Für die Osterweiterung gilt es nun, durch tiefgreifende und umfassende innere Reformen der Europäischen Union eine tragfähige Grundlage zu schaffen. Die CDU fordert eine strikte Begrenzung der Ausgaben in den Strukturfonds und im Kohäsionsfonds für die heutigen Mitgliedstaaten, um die Osterweiterung finanzierbar zu machen. Die Beitrittsstaaten ihrerseits müssen die geforderten politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen.

- 16.** Die Europäische Union muß ihre institutionellen Strukturen bis zum Jahre 2002 soweit reformiert haben, daß die ersten Beitrittskandidaten danach aufgenommen werden können. Die CDU fordert von der deutschen Ratspräsidentschaft, hier die notwendigen Weichen zu stellen. Die CDU fordert insbesondere institutionelle Reformen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Von zentraler Bedeutung ist die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat bei gleichzeitiger Mitentscheidung des Europäischen Parlaments. Die Haushalts- und Gesetzgebungsrechte müssen auf alle Politikbereiche ausgedehnt werden.

In europäischen Politikbereichen, in denen die Anpassung an den Wettbewerb bei den Beitrittskandidaten besondere Schwierigkeiten aufweist oder besondere wirtschaftliche oder soziale Risiken beinhaltet, sollten ausreichend lange Übergangsfristen vereinbart werden. Für die Landwirtschaft und bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit sind längere Übergangsfristen als bei der Süderweiterung – je nach Situation des einzelnen Beitrittskandidaten – festzulegen.

Für eine außen- und sicherheitspolitische Verantwortung Europas

- 17.** Die Bedrohungen von Frieden und Sicherheit in Europa, wie die regionalen Konflikte auf dem Balkan grausam und tragisch zeigen, treten insbesondere da auf, wo es ein Vakuum an Macht gibt. Das bedeutet, daß Europa seinem politischen Willen, Frieden, Sicherheit und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, auch glaubhaft Nachdruck verleihen können muß. Deshalb muß die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit nach außen deutlich verbessern. Auch die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion erfordert eine globale politische Rolle Europas. Die Legitimität der europäischen Einigung hängt wesentlich davon ab, ob die Europäi-

sche Union Verantwortung in und für unseren Kontinent wahrnehmen, Aggressionen verhindern und Frieden sichern kann.

Die CDU tritt deshalb, auch im Sinne einer ausgewogenen Lasten- und Verantwortungsteilung zwischen Europäern und Amerikanern, für den Ausbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO ein. Dazu soll die Westeuropäische Union in die Europäische Union übergehen und diese deren Aufgaben übernehmen.

Zur Verbesserung der europäischen Handlungsfähigkeit ist eine rasche Verwirklichung der im Amsterdamer Vertrag beschlossenen Maßnahmen erforderlich: die Bestellung eines Generalsekretärs für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die Einrichtung einer Analyse- und Frühwarnereinheit unter Beteiligung der Europäischen Kommission sowie die Formulierung gemeinsamer außenpolitischer Strategien. Dazu gehört auch eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik, die den Aufbau einer eigenständigen, wettbewerbsfähigen Rüstungsindustrie zum Ziel haben soll.

Der Hohe Beauftragte („Generalsekretär“) soll die Verantwortung für die Zusammensetzung der Analyse- und Frühwarnereinheit haben und dabei die Kommission einbeziehen, um einen gemeinschaftlichen Mehrwert zu erreichen. Die einstimmig zu fassenden Strategiebeschlüsse des Europäischen Rates sollten auf wirkliche Grundsätze begrenzt werden, um den Außenministern verstärkt die Möglichkeit zu Mehrheitsentscheidungen, mithin zu entsprechender Praxis und damit zu mehr Handlungsfähigkeit zu geben.

Je stärker und handlungsfähiger Europa ist, um so besser sind die Chancen für eine ausgewogene Partnerschaft zwischen Europa und den USA. Europäische Handlungsfähigkeit ist deshalb auf Dauer der verlässlichste Weg, die transatlantische Partnerschaft lebendig zu halten.

Die außenpolitische Verantwortung Europas muß auch in der europäischen Entwicklungspolitik deutlich werden. Die CDU fordert eine europäische Entwicklungspolitik, die enger als bisher zwischen der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten abgestimmt ist. Die entwicklungspolitischen Instrumente müssen effizienter eingesetzt, die europäische Entwicklungspolitik muß in regelmäßigen Abständen evaluiert werden.

Ein sicheres Europa – ohne die alten Binnengrenzen

18. Der Wegfall der Binnengrenzen darf nicht die Sicherheit der Bürger beeinträchtigen und das organisierte Verbrechen begünstigen. Die CDU fordert deshalb die Bundesregierung auf, entsprechend dem Amsterdamer Vertrag die Zusammenarbeit

zwischen Sicherheits- und Justizbehörden in der Europäischen Union und in ihren Mitgliedstaaten zu verbessern. Europol ist zügig zu einer europäischen Polizeibehörde mit eigenen Eingriffsbefugnissen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels auszubauen. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit der nationalen Polizeikräfte müssen die entsprechenden Gesetze weitgehend harmonisiert sowie ein Austausch des Personals bzw. gemeinsame Ausbildungsgänge eingerichtet werden. Gegen illegale Einreisen sind an den Außengrenzen der EU „Kontrollfilter“ einzurichten, innerhalb derer verdachtsunabhängige Kontrollen („Schleier-Fahndung“) durch die nationale Polizei ermöglicht werden müssen. Bei illegalen Einreisen muß zudem eine sofortige Rückschaffung über die Grenze realisiert werden. Um zu gewährleisten, daß international agierende Verbrecher und Personen, die für Terrorismus, Völkermord und Kriegsverbrechen verantwortlich sind, ihrer gerechten Strafe zugeführt werden, ist ein Internationaler Strafgerichtshof einzurichten. Die Bestimmungen des Schengener Abkommens müssen schnell entsprechend den Regeln des Amsterdamer Vertrages in die EU überführt werden. Auch müssen die Beitrittskandidaten so schnell wie möglich die Schengen-Standards erreichen.

Für eine faire europäische Lastenteilung bei Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen

19. Die CDU fordert im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Politik auf der Grundlage des Mehrheitsprinzips im Ministerrat eine gerechte Lastenteilung bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern. Deutschland kann nicht dauerhaft über die Hälfte der Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge in der Europäischen Union aufnehmen. Die CDU fordert hier ein höheres Maß an Solidarität in der Europäischen Union. Ein Modell könnte die in Deutschland praktizierte Verteilung von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern auf die Bundesländer sein.

Die Europawahlen am 13. Juni – Richtungsentscheidung für das künftige Europa

20. Am 13. Juni 1999 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Unser Wahlziel ist es, daß die CDU stärkste europapolitische Kraft in Deutschland bleibt.

Die Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments sind durch den Amsterdamer Vertrag erheblich gewachsen. Das Europäische Parlament hat mit wenigen Ausnahmen die Gleichberechtigung in Gesetzgebung und Haushaltsaufstellung mit dem Ministerrat erreicht. Es wählt zudem den Kommissionspräsidenten. Die neue Europäische Kommission kann ohne die Zustimmung des Parlaments nicht ins Amt kommen. Das Europäische Parlament ist der Dialogpartner der Europäischen Zentralbank. Wegen ihrer Gesetzgebungskompetenz braucht die Europäische Union parlamentarische Legitimation und Kontrolle.

Die CDU tritt dafür ein, die Rolle des Europäischen Parlaments weiter zu stärken und die Europäische Kommission noch stärker an die Legitimation durch das Europäische Parlament zu binden. Die CDU will ein gestärktes Parlament, das mit klaren Rechten ausgestattet ist.

Die Europawahlen finden zu einer für die Fortentwicklung der Europäischen Union entscheidenden Phase statt. In der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (1999-2004) wird die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausgebaut, der europäische Pfeiler der NATO sowie ein „Gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ verwirklicht, der Euro als Bargeld eingeführt, der Prozeß der Osterweiterung vorangetrieben. Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament bestimmen die Bürger der Europäischen Union über den künftigen Kurs Europas. Sie entscheiden mit ihrer Stimme darüber, ob wir ein freiheitliches, bürgerfreundliches und handlungsfähiges Europa der regionalen und nationalen Vielfalt oder ein von Sozialisten dominiertes, zentralistisch-bürokratisches Europa haben werden.

Daher lohnt es sich, am 13. Juni die CDU zu wählen.

ACDP-Konrad-Adenauer-Stiftung

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn
E-Mail: post@www.cdu.de
Internet: <http://www.cdu.de>

20/059 · Bestell-Nr.: 5592